

greifen, jedoch verstehe man das Abkommen so, als hätte es ein solches Zugeständnis gegeben, so Ban Ki-moon. China habe schließlich Verständnis für Südkoreas Position in dem Streit gezeigt und nehme durchaus wahr, dass die Frage zu einer ernstesten Angelegenheit beider Länder geworden ist. Eine Wiederaufnahme des Hinweises auf die koreanische Geschichte auf die Webseite des Außenministeriums wurde von chinesischer Seite jedoch weiterhin ausdrücklich abgelehnt. Wu sprach sich außerdem dafür aus, das schwierige Thema fortan als wissenschaftliche, nicht als politische Debatte weiterzuführen. Diese Farce eines mündlichen Abkommens führte innerhalb der südkoreanischen Regierung zu heftiger Kritik, sowohl bei der Regierungs-, als auch bei der Oppositionspartei. (XNA, 28.8.04; Xinhua, 28.8.04, nach BBC PF, 28.8.04; ST, 7., 28.8.04; IHT, 17., 25.8.04; SCMP, 24.8.04; FT; 28.8.04; Yonhap news agency, Seoul, 5.8.04, nach BBC EF, 5.8.04; Yonhap news agency, Seoul, 6., 9., 11., 13., 18., 20., 24., 26., 27.8.04, nach BBC PF, 6., 9., 11., 13., 18., 20., 24., 26., 27.8.04; Choson Ilbo web site, Seoul, 9., 11., 26.8.04, nach BBC PF; 9., 11., 26.8.04) -eva-

## 5 Allwetterfreundschaft wie gehabt zwischen China und Pakistan

Während des Besuchs des pakistanischen Senatsvorsitzenden Muhammad Mian Soomro vom 2. bis 4. August in Beijing wurde wieder einmal die so oft zitierte „Allwetterfreundschaft“ beschworen, die China und Pakistan traditionell verbindet. Soomro traf mit seiner Delegation in der Großen Halle des Volkes mit Vizepremier Wu Bangguo, dem Vorsitzendem des Landeskomitees der Politischen Konsultativkonferenz Jia Qinglin und anderen Regierungsmitgliedern zu einem Bankett zusammen. Seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen vor über 50 Jahren, so Wu, haben sich diese Jahr für Jahr vertieft und entwickelt, ungeachtet der sich ständig wandelnden internationalen Lage. Jia setzte sich in seinen Gesprächen vor allem für einen weiteren Ausbau des Austauschs auf Parlamentsebene ein. Beide versicherten dem pakistanischen Gast, China werde immer hinter Pakistan stehen,

egal ob in regionalen oder internationalen Belangen. Die Volksrepublik ist Pakistans Hauptwaffenlieferant. In einem Gespräch mit Wen Jiabao zeigte sich Soomro besonders erfreut über die Normalisierung der pakistansisch-indischen Beziehungen und drückte seine Hoffnung dahingehend aus, dies würde zu einem friedlichen und stabilen Südasien führen. Wen kündigte einen baldigen Gegenbesuch in Pakistan an.

Einigkeit zwischen beiden Ländern wurde auch bei einer ersten chinesisch-pakistanischen Anti-Terror-Übung demonstriert. Unter dem Motto „Freundschaft 2004“ fand diese am 6. August in Xinjiang im Gebiet von Taxkorgan an der Grenze zu Afghanistan und Pakistan im Pamirgebirge statt. Insgesamt nahmen mehr als 200 Soldaten und Offiziere der Xinjiang-Grenzverteidigungseinheit der Volksbefreiungsarmee und der Pakistan-Grenzverteidigungseinheit der pakistanischen Armee an den Übungen teil. Nach einem ersten Seemanöver mit Pakistan im Oktober vor der Küste Shanghais, galt die Übung in Xinjiang nun als Fortsetzung der Zusammenarbeit im Militärbereich. Während allerdings Pakistan den Ort des Manövers rein pragmatisch als „zwischen den beiden Ländern liegendes Gebiet“ beschreibt, war von chinesischer Seite wohl eher die Abschreckung gegen einen wachsenden islamischen Fundamentalismus der „ostturkestanischen Kräfte“ und der „Kampf gegen den innerchinesischen Terrorismus“ entscheidend für die Ortswahl. (XNA, 4., 6.8.04; Xinhua, 2.8.04, nach BBC PF, 2.8.04; WSJ, 6.8.04; Associated Press of Pakistan news agency, Islamabad, 3., 4., 7., 29.8.04, nach BBC EF, 3., 4., 7., 29.8.04; PTV World, Islamabad, 4.8.04, nach BBC PF, 4.8.04; *Ta Kung Pao* web site, Hongkong, 30.7.04, nach BBC PF, 30.7.04) -eva-

---



---

## Innenpolitik

---



---

### 6 China feiert den 100. Geburtstag von Deng Xiaoping

Die parteistaatliche Führung beging im August landesweit den Geburtstag des 1997 verstorbenen Deng Xiao-

ping. Am 22. August wäre der ehemalige Führer der KPCh hundert Jahre alt geworden. Aus diesem Anlass fand in Beijings „Großer Halle des Volkes“ eine Gedenkveranstaltung statt, an der nach Angaben der staatlichen Nachrichtenagentur Xinhua über 6.000 Menschen teilnahmen. Staats- und Parteichef Hu Jintao bezeichnete Deng in einer Rede als großen Führer mit „hohem moralischen Charakter, weiten und hohen Idealen, herausragendem Mut und Scharfsinn sowie revolutionärem Stil“.

Bereits im Vorfeld des Geburtstages hatten Partei und Regierung eine Kampagne zur Erinnerung an den Modernisierer Deng angestoßen. Zum Monatsanfang gab das parteieigene Literaturverlagshaus die offizielle Biographie des früheren Staats- und Parteichefs heraus. Wie die *Renmin Ribao* in einer Rezension schreibt, reproduziert das Buch *Chronologisches Leben von Deng Xiaoping* „auf realistische Art“ den Werdegang und das Wirken des Reformers. Auch andere Verlage veröffentlichten Jubiläumspublikationen. Für die zahlreichen Werke richteten Buchläden im ganzen Land Gedenksektionen in ihren Eingangsbereichen ein. Auch die staatlichen Medien erinnerten mit verschiedenen Beiträgen an den Mann, der 1978 die wirtschaftliche Reformära der Volksrepublik einleitete. Das Fernsehen zeigte Sonderprogramme und Spielfilme zu Deng Xiaoping. Zeitungen und Zeitschriften, wie etwa das kommunistische Journal „Wahrheitssuche“ (*Qiu-shi*), veröffentlichten in speziellen Kolumnen Gedenkartikel.

Sowohl in Beijing als auch in seiner Geburtsstadt Guang'an (Provinz Sichuan) wurde Deng Xiaoping mit umfangreichen Ausstellungen geehrt. In der Hauptstadt eröffnete Anfang August das Nationale Museum die Ausstellung „Deng Xiaoping, ein großer Mann des Jahrhunderts“. Mit über 320 historischen Fotos, 50 Dokumenten aus Parteiarchiven und mehr als 140 Gegenständen wollten Partei und Kulturministerium dem Volk „Zuversicht schenken, dem Pfad des Sozialismus chinesischer Prägung zu folgen“, so die Nachrichtenagentur Xinhua. In Dengs Heimatstadt enthüllte Staatschef Hu Jintao zu Ehren des Verstorbenen eine lebensgroße bronzene Statue, die den Reformier in freundlich lä-

chelnder Pose zeigt. Zahlreiche Spitzenfunktionäre waren nach Sichuan gereist, um der Zeremonie beizuwohnen.

Parallel zu diesen Veranstaltungen widmeten sich chinesische Experten auf mehreren Konferenzen der Erneuerung von Deng Xiaopings Ideologie. So wurde die Ausstellung in Dengs Heimatstadt von einem Symposium über die Anwendung marxistischer Theorie auf die aktuellen Umstände in China begleitet. In Beijing veranstaltete die Volksbefreiungsarmee mehrere Workshops im Gedenken an den Verstorbenen. Das Politbüro und die Chinesische Akademie für Sozialwissenschaften (CASS) organisierten ein mehrtägiges Symposium in der Hauptstadt. Das Ziel sei, so Politbüromitglied Li Changchun in seiner Eröffnungsrede, die Philosophie, Sozialwissenschaft und den ideologischen Parteaufbau durch die Erforschung von Deng Xiaopings Theorie zu stärken und weiterzuentwickeln. Dies müsse auf fünf Arten geschehen:

- Das Verständnis des Sozialismus chinesischer Prägung müsse vertieft und neue Wege zur Verbesserung des sozialistischen und parteilichen Aufbaus müssten erforscht werden.
- Das Verständnis des wissenschaftlichen Entwicklungskonzeptes von Deng Xiaoping müsse vertieft und neue Wege zur Förderung von gesundem wirtschaftlichem Wachstum und umfassender sozialer Entwicklung müssten erforscht werden.
- Das Verständnis, dass die Partei „für das Volk errichtet ist und Staatsgewalt für das Volk ausübt“, müsse vertieft werden.
- Das Verständnis für die Notwendigkeit einer Stärkung der Regierungskapazität der Partei müsse vertieft und neue Wege zu deren Verbesserung müssten erforscht werden.
- Die „Führungsrolle des Marxismus in der ideologischen Sphäre sowie der gemeinsame ideologische Boden für die Einheit der ganzen Partei und des ganzen Volkes“ müssten konsolidiert werden.

Laut Angaben von Xinhua sollen an dem CASS-Symposium über 180 Ge-

lehrte und Kader teilgenommen haben. Zahlreiche Redner lobten Dengs ideologisches Projekt, die „grundlegenden Prinzipien des Marxismus und Leninismus auf die moderne Situation in China“ anzuwenden.

Die ideologische Überhöhung des Jahrestages veranlasste ausländische Berichterstatter dazu, von einer sich langsam durchsetzenden Glorifizierung Deng Xiaopings zu sprechen. Bislang war ein derartiger Personenkult lediglich Mao Zedong zuteil geworden – so beispielsweise zuletzt anlässlich dessen 110. Geburtstages (C.a., 2003/12, Ü 8). Bereits seit einiger Zeit versucht die Partei mit Filmen und Büchern die Nostalgie um Maos Nachfolger Deng zu schüren (C.a., 2003/2, Ü 14). Zielgruppe ist in erster Linie jener Teil der Bevölkerung, der während der Kulturrevolution von Maos Anhängern politisch verfolgt worden war. Für sie soll der ebenfalls in dieser Zeit in Ungnade gefallene Deng Xiaoping eine Möglichkeit zur Identifizierung bieten. Auch für die junge Generation und für alle Unternehmer und alle anderen neuen ökonomischen und sozialen Eliten, die von der Wirtschaftsöffnung profitierten, liefert die Figur Deng mehr Bezugspunkte als dessen orthodoxer Vorgänger Mao. Entsprechend fügten sich die diesjährigen Feierlichkeiten nahtlos in die Legitimationsstrategie der Partei ein: Das *Handelsblatt* wies darauf hin, dass die Partei mit der Verehrung Deng Xiaopings ihre eigene Machtbasis auszubauen und abzusichern versuche. Auch die FAZ äußerte die Ansicht, die Partei feiere „mit Deng Xiaoping sich selbst und besonders die wirtschaftlichen Errungenschaften der vergangenen Jahre“.

Bei der Bewertung von Deng Xiaopings Leben lieferten sich westliche Journalisten teils hitzige Debatten. Die Mehrzahl der Kommentatoren erinnert zwar an dessen Verantwortung während der Protestniederschlagung im Jahr 1989, schildert Deng aber insgesamt als Pragmatiker, Realisten und „Protagonisten der Wirtschaftsreform“. Ihm verdanke die Volksrepublik letztlich den wirtschaftlichen Aufschwung mit zum Teil zweistelligen Wachstumsraten, so der allgemeine Tenor. Anders beurteilt die Zeitung *International Herald Tribune* Deng Xiaopings Erbe. In der Tradition

von Mao Zedong habe Deng politische Gegner wie etwa Hu Yaobang oder Zhao Ziyang erbarmungslos verfolgt. Auch hätte Deng die Muslime in Xinjiang ebenso militärisch unterdrückt wie die Buddhisten in Tibet. Was das Wirtschaftswunder angehe, so habe Deng mit seiner Reform ein armes und ein reiches China geschaffen, in dem wirtschaftlicher Aufschwung über politischen Reformen stünde. Darüber hinaus müsse die Bewertung des 4. Juni 1989 in einem größeren Kontext erfolgen, als bislang von den meisten westlichen Experten zugestanden würde, so die *Tribune*: „Diese Experten argumentieren, dass China seine Stabilität auf ganzer Linie Deng verdanke. Sie vernachlässigen aber, dass 1989, als überall der Kommunismus zusammenbrach, er in China von einer Armee gerettet wurde, die unbewaffnete Bürger dafür niederzumähen bereit war.“

Die parteistaatliche Geschichtsschreibung versucht indes die Erinnerung an Deng Xiaoping auf dessen militärische Karriere in den dreißiger und vierziger Jahren sowie auf seine erfolgreichen Wirtschaftsreformen der achtziger Jahre zu konzentrieren. Die Ereignisse am Platz des Himmlischen Friedens im Jahr 1989 finden in keiner der Biographien oder Filme Erwähnung. Auch Präsident Hu Jintao umschiffte diese kontroverse Zeit in seiner Gedenkrede. Er sprach von „gefährlichen Winden und bösen Wellen“, denen sich die Parteispitze Ende der 80er Jahre erfolgreich entgegengestellt hätte. Eine Neubewertung des 4. Juni, wie sie zuletzt zahlreiche chinesische und ausländische Intellektuelle gefordert hatten (C.a., 2004/6, Ü 10), blieb aus. Hu beschränkte sich auf die offizielle Position der Partei: „Genosse Deng Xiaoping und andere Veteranen haben auf resolute Weise Partei und Regierung dabei unterstützt, sich auf das Volk zu verlassen und einen klaren Standpunkt bei der Erhaltung der vier kardinalen Prinzipien einzunehmen, beharrlich die nationale Unabhängigkeit, Würde, Sicherheit und Stabilität aufrechtzuerhalten und unbeirrt darauf zu bestehen, den wirtschaftlichen Aufbau zum zentralen Ziel der Reformen zu machen...“, so der Staatschef in seiner Rede.

Dass die Debatte um Dengs Rolle beim Tiananmen-Massaker dennoch nicht beendet ist, zeigt ein Gedenkartikel des damaligen Ministerpräsidenten Li Peng im Parteijournal *Qiushi*. Darin erklärt Li, die Hauptverantwortung für Tiananmen habe bei Deng Xiaoping gelegen. Darüber hinaus seien auch die umstrittenen Großprojekte des Drei-Schluchten-Staudamms und des Nuklearreaktors in der Daya-Bucht vor Hongkong dem ehemaligen Staatschef Deng zuzuschreiben. Li Peng stellt sich in seinem Artikel selber als schüchternen Lehrling dar, der lediglich den Anweisungen seines großen Vorbilds Deng Xiaoping gefolgt sei.

Die Zeitung *Straits Times* wertete die Stellungnahme des ehemaligen Ministerpräsidenten als „expliziteste Bemerkung über das Ereignis“ vom 4. Juni, die bislang von einem Führungskader gemacht worden sei. Die Erklärungen von Li Peng in *Qiushi* dürften zum Teil eine Reaktion darauf sein, dass die parteistaatliche Führung im März die Veröffentlichung von Lis Biographie *Der Schlüsselmoment* verhindert habe. Beobachtern zufolge hatte Li sich mit dem Buch von seiner generell unumstrittenen Verantwortung an fragwürdigen politischen Entscheidungen der achtziger und neunziger Jahre reinwaschen wollen. Offenbar fürchtet der frühere Ministerpräsident, bei einer Neubewertung der Parteigeschichte als Sündenbock dazustehen.

Der neuen chinesischen Führungsspitze um Hu Jintao und Wen Jiabao diene die Rekapitulation von Dengs Leben als willkommener Anlass, den bisherigen Reformkurs als positiv zu bewerten. In den Lobeshymnen an Dengs Mut zu Reformen meinen einige ausländische Beobachter bereits den Startschuss für eine Neubewertung der Rolle von Staat und Partei zu erkennen, wie das *Handelsblatt* im August schrieb. Die vierte Plenarsitzung des XVI. Zentralkomitees der KPCh im September dürfte mit ihrer Schwerpunktsetzung auf der „Regierungskapazität der Partei“ als Plattform für umfangreiche politische Reformen dienen (vgl. C.a., 2004/7, Ü 6). Ebenfalls für bevorstehende politische Reformen sprechen Kommentare einflussreicher Respektpersonen der KPCh. Im Vorfeld der Feierlichkeiten um Deng Xiaoping meldeten

sich zwei prominente ehemalige Kader zu Wort, die unter dem verstorbenen Staatsmann tätig gewesen waren: Sowohl Tian Jiyun, ehemaliges Politbüromitglied, als auch Ren Zhongyi, früherer Parteisekretär der Provinz Guangdong, veröffentlichten politische Artikel in dem Geschichtsjournal *Yanhang Chunqiu*. Darin behaupten sie, Deng hätte vor seinem Tod die Notwendigkeit für umfassende politische Reformen erkannt, ihm sei jedoch keine Zeit für deren Umsetzung geblieben. Ren Zhongyi forderte in diesem Zusammenhang ein einwandfreies Rechtssystem, mehr Pressefreiheit und einen ernst zu nehmenden Schutz der Verfassungsrechte. Eine Gesellschaft, die auf Waffengewalt und Propaganda basiere, könne nie demokratisch sein und langfristige Stabilität genießen, so Ren.

Westliche Zeitungen wie die *New York Times* vermuten hinter solchen Aussagen innerparteilichen Druck auf Chinas neue Führung, umfassende politische Veränderungen anzustoßen. Insgesamt dürfte derartiger Optimismus jedoch vorsichtig zu bewerten sein: Weder der viel gerühmte Reformler Deng Xiaoping noch seine Nachfolger haben je das Machtmonopol der kommunistischen Partei angetastet. Auch die neuesten Reformvorschläge chinesischer Experten haben eher das Ziel, das Einparteiensystem zu verbessern, nicht es abzuschaffen. (QS, 1., 16.8.04, nach BBC PF, 20., 22.8.04; RMRB, 3.8.04; Xinhua, 6., 10., 13., 15., 18., 19., 20., 21., 22.8.04, nach BBC PF, 8., 11., 12., 14., 17., 20., 21., 22., 24.8.04; SCMP, 12.8.04; XNA, 16., 17., 21., 22., 24., 25.8.04; SCMP, 18.8.04, nach BBC PF, 19.8.04; HB, 19., 28.8.04; ST, 19., 21., 23.8.04; FAZ, 20.8.04; ZXS, 20.8.04, nach BBC PF, 21.8.04; *New York Times*, 21.8.04, nach IHT, 21.8.04; *Ta Kung Pao* online, 23., 24.8.04, nach BBC PF, 25., 26.8.04; IHT, 24.8.04; NZZ, 24.8.04) -fs-

## 7 Jiang Zemins Protegés veranstalten Kadertreffen in Beidaihe

Mehrere hochrangige chinesische Kader trafen sich in der ersten Augustwoche zu einer Tagung in dem nordchinesischen Badeort Beidaihe (Pro-

vinz Hebei). Nach Angaben der staatlichen Nachrichtenagentur Xinhua kamen „55 fachlich hoch qualifizierte Mitarbeiter aus Produktion und Dienstleistung“ mit wichtigen politischen und militärischen Führungspersönlichkeiten zusammen, um sich über ein nationales Programm für Humanressourcenbildung auszutauschen.

Laut Xinhua hätten sich die anwesenden Spezialisten vor allem darüber verständigt, wie private Fachausbildung unter staatlicher Anleitung zu organisieren sei. Eine umfassende Strategie setze Kooperation in verschiedenen Sektoren sowie die Beteiligung von Bildungseinrichtungen, sozialen Gruppen und Individuen voraus, so die Meinung der Experten. Wie ein Arbeitsmarktforscher der Nachrichtenagentur gegenüber erklärte, sei ein strukturiertes Training von hoch qualifiziertem technischem Personal der Schlüssel zu einem nachhaltigen Wirtschaftswachstum in China.

Die ausländische Presse, vor allem Hongkonger Medien, verfolgten das Treffen in Beidaihe mit größter Aufmerksamkeit. In der Berichterstattung fand das Thema der Tagung allerdings kaum Beachtung. Vielmehr birgt die Zusammenkunft nach Ansicht ausländischer Kommentatoren eine hohe politische Brisanz. Das Ferienressort Beidaihe, 280 Kilometer östlich von Beijing, ist seit den 50er Jahren ein Ort für inoffizielle Sommerklausuren der höchsten Regierungs- und Militärvertreter des Landes gewesen. Traditionell wurden bei den sommerlichen Treffen wichtige personelle und programmatische Weichenstellungen für die Parteiversammlung im Herbst getroffen (C.a., 1999/8, Ü 6; 2000/8, Ü 6; 2001/8, Ü 9; 2002/8, Ü 11). Im vergangenen Jahr hatte die neue chinesische Führung um Partei- und Staatschef Hu Jintao sowie Ministerpräsident Wen Jiabao das Treffen unerwartet gestrichen (C.a., 2003/7, Ü 8). Beobachter hatten in der Absage den Versuch gesehen, mehr Volksnähe zu demonstrieren und den politischen Entscheidungsprozessen des Landes stärkere Transparenz zu verleihen. Sowohl mit dieser symbolischen Geste als auch mit ihrer Reformpolitik hatte sich die neue Spitze in krasser Gegenposition zu der eher konservativen Elite um den ehemaligen Staatschef Jiang Zemin positioniert.

Umso bedeutsamer erschien es Hongkonger Zeitungen wie der *Straits Times* und der *South China Morning Post* nun, dass gerade die so genannte „Shanghai-Clique“, bestehend aus Protegés und Freunden von Jiang Zemin, die Sommertagung in Beidaihe besuchte. Weder Staats- und Parteichef Hu noch Ministerpräsident Wen nahmen an dem Treffen teil. Das erneute Wiederaufleben der sommerlichen Treffen werteten die Zeitungen daher als Indiz für einen wachsenden Machtkampf zwischen der neuen und der alten Führung Chinas. In der jüngsten Vergangenheit kursierten häufiger derartige Gerüchte. Dass nun aber das Who-is-Who der konservativen Elite Chinas in Beidaihe zusammengekommen sein soll, ist Wasser auf die Mühlen von pessimistischen Chinaanalysten. Unter der Leitung von Vizepräsident Zeng Qinghong nahmen prominente Kader wie Xu Caihou, Hua Jianmin und Chen Zhili an der Konferenz teil. Neben dem Vizepräsidenten waren vier weitere Mitglieder des Politbüros anwesend: Huang Ju, Zeng Peiyan, He Guoqiang und Wang Gang. Aus Hongkonger Kreisen hieß es denn auch, dass nicht etwa die Weiterbildung von Fachpersonal Thema der Zusammenkunft gewesen sei, sondern dass die politischen Erben von Jiang Zemin zu einem „Gegenangriff“ gegen die neue, liberalere Führung in Beijing ausholten.

Vor diesem Hintergrund gewinnen aktuelle Bemerkungen führender Kader über den ehemaligen Staatschef Jiang Zemin an Bedeutung. So erklärte beispielsweise Hu in seiner Rede zum Gedenken an Deng Xiaoping, dass dieser seine politischen Ämter in den 90er Jahren auf vorbildliche Weise an seine Nachfolger übergeben hätte. Dadurch sei ein reibungsloser Wechsel von der zweiten zur dritten Führungsriege ermöglicht worden, so Hu. Experten sehen in der Äußerung einen versteckten Appell an Jiang Zemin, seine letzten Funktionen als Leiter des Militärs aufzugeben. Andere Kommentatoren sprachen deutlicher aus, was nach Ansicht ausländischer Berichterstattung schon lange die Meinung jüngerer Kader darstellt: „Wenn Jiang wirklich dem Beispiel von Deng folgen will, dann sollte er seine letzten Posten im kommenden Parteiplenum niederlegen“, forderte ein Politologe

der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften (CASS) in der Hongkonger Zeitung *The Standard*. Deng Xiaopings Tochter Deng Lin machte im staatlichen Fernsehen eine ähnliche Bemerkung, als sie von der Notwendigkeit sprach, dass die chinesische Führung „den Nachfolgern vertrauen und sie durch ihre eigene Arbeit wachsen lassen“ sollte.

Derartige Äußerungen liefern Hongkonger Medien ein Motiv dafür, dass Jiang Zemins Vertraute durch Koordination ihrer Interessen in Beidaihe nun einem möglichen Machtverlust auf der kommenden Plenarsitzung vorzubeugen hofften. Die staatlichen Medien in der Volksrepublik gingen auf derartige Spekulationen nicht ein. Stattdessen deutete etwa die *Renmin Ribao* an, das Treffen habe die offizielle Unterstützung der parteistaatlichen Zentrale. Die Nachrichtenagentur Xinhua konzentrierte sich in ihrer Berichterstattung auf die Inhalte der Tagung. Sie bezeichnete das Treffen als ein „wichtiges Signal“ dafür, dass das Training hochqualifizierten Personals zu einem „strategischen Projekt“ des Landes geworden sei. (Xinhua, 5.8.04, nach BBC PF, 8.8.04; SCMP, 7.8.04, nach BBC PF, 8.8.04; *The Standard*, 9.8.04, nach BBC PF, 10.8.04; ST, 20., 22.8.04; *New York Times*, 21.8.04, nach IHT, 21.8.04; XNA, 22.8.04) -fs-

## 8 Schicksal von Antikorruptionskämpfern schockiert Chinas Öffentlichkeit

Am 11. August machte ein Fuzhouer Funktionär landesweit Schlagzeilen, als er ohne Absprache mit der parteistaatlichen Führung in den Medien über seinen Kampf gegen korrupte Kader berichtete. In einem offenen Brief an die *Renmin Ribao* erklärte Huang Jingao, Leiter der Finanzkommission in Fuzhou (Provinz Fujian), er habe in Folge seiner Nachforschungen zu örtlichen Korruptionsvorfällen über Jahre hinweg Drohbriefe erhalten. Um sein Leben zu schützen, habe er eine kugelsichere Weste auf dem Weg zur Arbeit tragen müssen, so Huang.

Der Kampf des rechtschaffenen Funktionärs gegen die üblen Machenschaften seiner Kollegen schockierte die chinesische Öffentlichkeit und dominierte Mitte August die Internetforen des

Landes. Zehntausende Internetnutzer sprachen Huang auf Sina.com und Sohu.com ihre Unterstützung aus. Das staatliche Fernsehen sendete eine Dokumentation über Huangs Korruptionskampf. Insgesamt rühmten Chinas Medien das vorbildliche Verhalten und den Mut des Genossen aus Südostchina. Die staatliche Nachrichtenagentur Xinhua schrieb: „Seit langem kennt er die möglichen Gefahren der Korruptionsbekämpfung, und dennoch gibt er nicht auf“.

Ausländische Beobachter sehen den Grund für die heftigen Reaktionen auf den offenen Brief darin, dass Huang Jingaos Geschichte das Schicksal vieler Chinesen widerspiegelt. Immer wieder berichten ausländische Medien von den Widrigkeiten, mit denen sich einfache Bürger angesichts von Korruption und Vetternwirtschaft in der Volksrepublik konfrontiert sehen. Im August meldeten das *Wall Street Journal* und die *Straits Times*, dass die Frau des leitenden Shanghai-Korruptionsinspektors bei einem Bombenanschlag schwer verletzt worden sei. In Beijing versuchten im August sechs Frauen aus der nordostchinesischen Provinz Liaoning auf ihren erfolglosen Kampf gegen die Korruption aufmerksam zu machen, indem sie mit Selbstmord drohten. Nach Angaben der *South China Morning Post* sei es in Beijing gängige Praxis, dass Polizeieinheiten verschiedener Provinzen die Antragsteller von Korruptionsermittlungsverfahren vor den Regierungsgebäuden abfragen und verschleppten. Die Frauen hatten daher erklärt, sich von einem Gebäude im Beijinger Regierungsviertel zu stürzen, wenn sich die Zentralbehörden nicht ihrer Vorwürfe gegen Liaoning-Kader annehmen würden. Der Sohn einer der Frauen sei für seinen Einsatz gegen kriminelle Funktionäre zu 14 Jahren Gefängnis verurteilt worden. In einem anderen Fall habe die örtliche Führung eine Frau aus der Provinz zusammenschlagen lassen, weil sie einen korrupten Kader gemeldet hatte, so die Zeitung.

Die Bekämpfung von Korruption, Nepotismus und Unterschlagung ist ein zentrales Anliegen der chinesischen Führung. Die Regierung geht mit zum Teil drakonischen Strafen gegen korrupte Funktionäre vor (C.a., 2003/5, Ü 16; 2003/8, Ü 9; 2004, Ü 11). Re-

gelmäßig berichten die staatlichen Medien von Verurteilungen und Hinrichtungen krimineller Führungspersönlichkeiten (C.a., 2004/2, Ü 14). Die parteistaatliche Führung scheint dem Problem jedoch kaum Herr zu werden: In den vergangenen zwei Jahrzehnten sollen etwa 4.000 Kader mit über 600 Mio. US\$ an erpresstem oder unterschlagenem Geld das Land verlassen haben, so eine aktuelle Statistik des chinesischen Handelsministeriums. Gravierender als die finanziellen Schäden dürfte jedoch der Legitimationsverlust bei Partei und Regierung zu Buche schlagen. Chinas Führung sieht sich mit einem Dilemma konfrontiert. Auf der einen Seite sollen die Behörden möglichst medienwirksam gegen kriminelle Kader vorgehen, auf der anderen Seite fürchtet die chinesische Spitze den Gesichtsverlust, der mit derartigen Enthüllungen von Korruptionsfällen einhergeht.

Mit welcher ambivalenten Einstellung die Zentrale in Beijing einer informierten chinesischen Öffentlichkeit gegenübersteht, zeigte die offizielle Reaktion auf den öffentlichen Brief von Huang Jingao. Zunächst erhielt die umfassende Berichterstattung und Glorifizierung des Korruptionskämpfers die Unterstützung der parteistaatlichen Führung. Nur zwei Tage nach Veröffentlichung des Briefes entsandte die Beijinger Zentrale Wu Guanzheng, Leiter der Disziplinarkontrollkommission des ZK der KPCh und Mitglied des Politbüros, in die Stadt Fuzhou. Dort wies der hochrangige Funktionär die örtlichen Behörden an, der Öffentlichkeit gegenüber eine transparentere und umfassendere Informationspolitik zu betreiben. Außerdem ließ er Untersuchungen zu den Korruptionsvorwürfen Huang Jingaos einleiten.

Ein paar Tage später hatte die chinesische Führung ihre Position zu Huang um 180 Grad gewendet. In einer gemeinsamen Erklärung der Fuzhouer Regierung und der Parteizentrale denunzierten die örtlichen Verantwortlichen Huang Jingao als „aufgeblasenes Individuum ohne politisches Bewusstsein“. Huang versuche sich selber zu glorifizieren. Sein offener Brief sei sofort von „feindlichen Mächten im Westen und in Taiwan, pro-demokratischen Aktivisten und Falungong-Praktikern“ missbraucht worden und habe dadurch für „politische Instabi-

lität“ gesorgt. Tatsächlich habe keiner von Huangs Kollegen ihn je mit einer kugelsicheren Weste bekleidet gesehen. Auch bei den Morddrohungen handle es sich um bloße Gerüchte, so die Stellungnahme. Noch einen Tag zuvor hatte der staatliche Fernsehsender CCTV-1 seinen Zuschauern Huangs kugelsichere Weste in einem Interview gezeigt.

Nachdem die Fuzhouer Führung die Korruptionsvorwürfe von Huang Jingao in allen Punkten vehement zurückgewiesen hatte, verhängte die Zentrale in Beijing eine Mediensperre zu dem Thema. Alle Berichte über Huang und seinen Korruptionskampf wurden indiziert, der offene Brief verschwand von allen Internetseiten des Festlandes. Die Zeitung *Wall Street Journal* bezeichnete die Maßnahmen als verzögerte Vertuschungsaktion: Beijing habe zu spät realisiert, welche Sprengkraft Huangs Brief in der Öffentlichkeit entfalten würde. Das Blatt zweifelte jedoch daran, dass es den Behörden auf diese Weise gelingen würde, die Debatte um Korruptionsfälle in China unterdrücken zu können. Tatsächlich habe der Vorfall gezeigt, dass moderne Massenmedien wie Internet und Mobiltelefone sich nur schwer staatlich kontrollieren ließen, so das Blatt. (XNA, 2., 10., 17.8.04; *Ta Kung Pao* online, 3.8.04, nach BBC PF, 5.8.04; FT, 10.8.04; SCMP, 10., 12.8.04; SCMP, 10., 15., 20.8.04, nach BBC PF, 11., 17., 21.8.04; ST, 11., 17., 20., 21., 26.8.04; China Central TV-1, 16.8.04; nach BBC PF, 20.8.04; Xinhua, 17.8.04; nach BBC PF, 19.8.04; WSJ, 19., 23., 25.8.04) -fs-

### 9 Neue Richtlinien für die Behandlung von Häftlingen

In einem weiteren Versuch den Rechtsschutz von Häftlingen zu verbessern, verkündete das Ministerium für Öffentliche Sicherheit Anfang August einen neuen Richtlinienkatalog für das Verhalten von Beamten im Strafvollzug. Ab Oktober würden Sicherheitsbeamte für Verstöße gegen diese Richtlinien rechtlich zur Verantwortung gezogen, so das Ministerium.

Die neuen Maßnahmen sollen nach Angaben der Zeitung *South China Morning Post* konkrete Aussagen da-

rüber enthalten, unter welchen Bedingungen und für wie lange mutmaßliche Täter in Untersuchungsgehwahrsam genommen werden können. So dürfen beispielsweise schwangere Frauen, Kinder unter 16 und Menschen im Alter von über 70 Jahren höchstens vier Stunden am Stück verhört werden. Die bisherige Regelung von 1995 hatte es der Polizei gestattet, Verdächtige gemäß schwammiger Kriterien für bis zu 24 Stunden zu internieren und zu verhören. Mit geringem Verwaltungsaufwand ließ sich diese Zeit auf 14 bis 37 Tage ausweiten.

Nach der neuen Regelung sind Sicherheitsbeamte nun auch für die Gesundheit von Gefangenen verantwortlich. Selbstmordversuche von Häftlingen würden ab Oktober dem Gefängnispersonal zu Lasten gelegt. Kommentatoren hatten regelmäßig die dubiosen Verhältnisse in chinesischen Gefängnissen kritisiert (C.a., 2003/6, Ü 9; 2003/9, Ü 7; 2004/2, Ü 3). Zuletzt hatte der Fall eines Kadern aus der Provinz Jilin für Empörung gesorgt: Der Gefangene war noch vor seinem Gerichtsverfahren im Polizeigewahrsam verstorben. Der Staatsanwalt hatte als Ursache des Todes angegeben, der Angeklagte sei „gegen eine Wand gelaufen“. Für derartige Vorfälle sollen Strafvollzugsbeamte nun entlassen, mit Disziplinarmaßnahmen bestraft und vor Gericht angeklagt werden. Rechtsexperten nannten die Maßnahmen „einen Schritt in die richtige Richtung“. Die Macht von staatlichen Institutionen einzuschränken sei „ein zentrales Anliegen beim Schutz der Menschenrechte“, erklärte ein Anwalt aus Henan gegenüber der *South China Morning Post*.

Neben dem Umgang mit Häftlingen regelt seit Mitte August ein weiterer Richtlinienkatalog das Verhalten von Polizeibeamten sowohl im Dienst als auch im Privatleben. So werden Polizisten entlassen und rechtlich belangt, wenn sie in ihrer Freizeit eine Waffe tragen, ungenehmigte Durchsuchungen durchführen, Schlägereien anfangen oder sich einer außerehelichen Affäre schuldig machen. (SCMP, 4.8.04, nach BBC PF, 5.8.04; XNA, 13.8.04) -fs-

## 10 Inhaftierter Journalist freigesprochen

Nach fünfmonatiger Haft haben die Behörden von Guangzhou (Hauptstadt der Provinz Guangdong) den inhaftierten Journalisten Cheng Yizhong aus dem Gefängnis entlassen. Die Freilassung des investigativen Journalisten folgte anhaltenden Protesten von Menschenrechtsorganisationen und Journalisten im Westen und in China. Cheng hatte vor seiner Inhaftierung als Chefredakteur für die *Southern Metropolitan Daily (Nanfang Dushi Bao)* gearbeitet, die allgemein als kommerziell erfolgreichste Zeitung Chinas gilt.

Im März waren Cheng und zwei weitere Führungskräfte der Tageszeitung auf Grund von Korruptionsvorwürfen festgenommen und zu Haftstrafen von bis zu zwölf Jahren verurteilt worden (C.a., 2004/3, Ü 12). Die Verurteilten hatten sich mit Enthüllungsreportagen zu sozialen Missständen, Korruptionsfällen und Vertuschungsaktionen der Behörden immer wieder in politisch heikle Bereiche vorgewagt. So informierte das Blatt ausführlich über die Lungenkrankheit SARS. Zuletzt sorgte die Zeitung für Aufsehen, als sie über ein Internierungslager für Arbeitsemigranten in Guangzhou berichtete. Auf Grund von Misshandlungen durch die Polizei war dort ein junger Mann aus Wuhan zu Tode gekommen (C.a., 2003/6, Ü 9). In Folge der Berichterstattung wurden die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen und die Befugnisse der Guangzhouer Polizeibehörden eingeschränkt. Beobachter glauben, dass das Blatt führende Kader mit seiner schonungslosen Berichterstattung verärgert haben könnte.

In der jüngeren Vergangenheit waren mehrfach chinesische Journalisten staatlichen Repressalien ausgesetzt gewesen. Das Vorgehen, unliebsame Reporter durch Korruptionsanklagen oder wegen fehlerhafter Einwohnermeldebestätigungen mundtot zu machen, ist nach Meinung von Kommentatoren eine gebräuchliche Praxis in China. Dass Cheng Yizhong nun aus Mangel an Beweisen freigelassen wurde, sehen Menschenrechtsgruppen wie Reporter ohne Grenzen als positives Zeichen. Es gäbe nun keinen Grund mehr, Chengs

Kollegen Yu Huafeng und Li Mingyong festzuhalten, so die Organisation. Chengs Anwalt Zhang Xingshui erklärte bereits, gegen die Verurteilung von Yu und Li Revision einzulegen. (WSJ, 30.8.04; ST, 31.8.04; FAZ, 1.9.04) -fs-

## 11 Kampagne gegen Religionsgruppen fortgesetzt

Am 6. August verhafteten die chinesischen Sicherheitsbehörden acht Priester der katholischen Untergrundkirche in der nordchinesischen Stadt Sujiazhuang (Provinz Hebei). Das berichtete die FAZ Mitte August. Laut Angaben der Menschenrechtsorganisation Cardinal Kung Foundation im amerikanischen Connecticut seien bei der Razzia außerdem zwei Schüler verhaftet worden, die in Sujiazhuang ein religiöses Seminar besucht hatten. Die papsttreuen Katholiken seien in ein Lager nahe der Stadt Baoding eingewiesen worden, so die FAZ.

Auch gegen die protestantische Hauskirchenbewegung gingen die Behörden im August vor. In der Provinz Henan sollen mehrere hundert führende Mitglieder der Gruppe verhaftet worden sein, als sie nahe der Stadt Kaifeng zu einer Tagung zusammengekommen waren. Infolge der Fahndung seien auch Familienangehörige der Gläubigen inhaftiert worden, so die Organisation China Aid.

Die chinesische Führung stuft alle staatlich nicht anerkannten religiösen Gruppierungen als illegal ein. Sowohl die offiziell anerkannte katholische Kirche mit etwa sechs Mio. Mitgliedern als auch die „patriotische“ protestantische Kirche mit 16 Mio. Anhängern sind gleichgeschaltet und unterliegen staatlicher Kontrolle. Es wird vermutet, dass rund zwölf Mio. Untergrund-Katholiken und bis zu 50 Mio. nicht registrierte Protestanten im Verborgenen ihrer Religion nachgehen. Experten sind der Ansicht, dass die große Zahl dieser illegalen Gläubigen von der parteistaatlichen Führung als Gefahr für ihre Machtbasis und als potenzieller Unruheherd eingestuft wird. Historisch waren religiöse Gruppen in China mehrmals Ausgangspunkt von Rebellionen und Aufständen – so beispielsweise während des Boxeraufstandes oder der

Taiping-Rebellion. Es überrascht daher nicht, dass Chinas Führung in den vergangenen Jahren immer wieder gegen abtrünnige Christen und andere Religionsgemeinschaften, wie etwa die Falungong-Bewegung, vorgegangen ist (C.a., 1998/11, Ü 9; 1999/5, Ü 11; 2000/8, Ü 9; 2001/1, Ü 14; 2003/11, Ü 11). Im Jahr 2000 klassifizierten die Behörden insgesamt zwölf christliche Kirchen als „Kulte“ und machte deren Anhänger damit zum Ziel von staatlichen Repressionsmaßnahmen. (www.chinaaid.org; FT, 19.8.04; FAZ, 18., 19.8.04) -fs-

---

## Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

---

## 12 Positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt

Die Zahlen des Ministeriums für Arbeit und Soziale Sicherung für die Arbeitsmarktentwicklung im ersten Halbjahr 2004 wurden von den offiziellen chinesischen Zeitschriften zum Anlass genommen, auf die bisherigen Erfolge der makroökonomischen Steuerung des Arbeitsmarktes hinzuweisen. Den veröffentlichten statistischen Daten zufolge wurden von Januar bis Juni d.J. in den chinesischen Städten 5,9 Mio. neue Arbeitskräfte angestellt (*jiuye*), womit das Jahresziel von 9 Mio. bereits zu 65% erfüllt war. Von den freigesetzten Arbeitskräften (*xiaogang shiye ren yuan*) – die ihren Arbeitsplatz verloren hatten, aber noch nicht formell entlassen waren – konnten 2,84 Mio. wieder beschäftigt werden (*zaijiuye*), darunter 570.000 so genannte „4050“-Personen (also Arbeitskräfte in den 40er und 50er Jahren). Begrüßt wurde, dass die Arbeitslosenrate – mit 8,37 Mio. Arbeitslosen – bei 4,3% stabil gehalten werden konnte, obwohl man für 2004 mit einem Anstieg auf 4,7% gerechnet hatte. 4,54 Mio. Menschen erhielten Unterstützung aus den Fonds der Arbeitslosenversicherung, 390.000 mehr als noch Ende 2003. Die Zahl der in staatseigenen Unternehmen Freigesetzten lag mit 1,96 Mio. um 640.000 niedriger als Ende 2003.